

Grundrechte und Grundwerte sind die unabdingbare Voraussetzungen für ein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles Gemeinschaftsleben. Durch die jahrzehntelange schrittweise Aushöhlung, Veränderung oder sogar Negation einiger dieser Werte und Rechte ist eine Gesellschaftsstruktur entstanden, die auf Dauer ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben unmöglich macht.

Die Mehrheitsverhältnisse und die offensichtlich mehr an eigenen wirtschaftlichen Interessen orientierte politische Nomenklatura machen eine Restrukturierung des politischen Systems, eine Lösung einer Vielzahl von Problemen und die aktive Gestaltung von Zukunftsthemen unmöglich.

Daher ist es für die weitere Entwicklung Bayerns notwendig, sich von den negativen Entwicklungen Deutschlands abzukoppeln und wieder einen eigenen Weg zu gehen.

Für viele ist es deutlich erkennbar, dass der Dampfer Deutschland mit seinem „Kapitän“, bereits jetzt nicht nur einen Eisberg gerammt hat und Wasser aufnimmt. Die Musik spielt zwar immer noch, der „Kapitän“ glaubt immer noch an die Unsinkbarkeit des Schiffs und hält den Kurs in Richtung Eisberge für alternativlos. Aufmerksame, neutrale Beobachter erkennen aber die Schieflage bereits und ergreifen die Flucht bzw. geeignete Rettungsmaßnahmen.

Für ein Verlassen des sinkenden Schiffs, für einen Austritt aus der Bundesrepublik Deutschland gibt es über 100 Gründe, die überwiegend aus einer Mißachtung traditioneller Grundwerte, einer sehr flexiblen Auslegung wesentlicher Grundrechte, gravierenden Fehlentscheidungen und einer unbeschreibbaren Ignoranz der Verantwortlichen resultieren.

Deutschland kann die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr garantieren.

- 1 Dramatische Steigerungsraten bei Messerattacken, Vergewaltigungen, Diebstahl, Einbruch-Diebstahl, Raub, Schlägereien, Überfällen, Morden und der Kriminalität im Allgemeinen
- 2 2022 gabe es 5,6 Mio. Straftaten, davon 37,4 % durch ausländische Einwohner, deren Bevölkerungsanteil 14,6 % betrug (Quelle: statista.com)
- 3 Aus Sicherheitsgründen erhebliche Einschränkungen, massive Kontrollen und organisatorische Erschwernisse bei größeren Veranstaltungen
- 4 Europaweite Zunahme von Terroranschlägen
- 5 Externalisierung der staatlichen Schutzfunktionen an privatwirtschaftliche Sicherheitsdienstleister
- 6 Komplette Entwaffnung der Bevölkerung und juristische Sanktionen in Selbstverteidigungsfällen, bei gleichzeitigen Hinweis in Gefahrensituationen auf die Sicherheitsbehörden zu vertrauen
- 7 Ausrüstung von Polizei und Armee immer noch mangelhaft
- 8 Offene, bzw. nur proforma gesicherte Grenzen
- 9 Unfähigkeit und/oder bewusste Verweigerung der Durchsetzung nationalen und internationalen Rechts

Fazit: Deutschland ist nicht bereit oder in der Lage die Sicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten. Durch ständige zunehmende Überwachungsmaßnahmen werden unbescholtene Bürger unter Generalverdacht gestellt, die Sicherheit wird damit nicht erhöht.

Diese Sozialpolitik ist ungerecht:

- 10 Auf- und Ausbau von Leih- und Zeitarbeit
- 11 Dramatische Zunahme der befristeten Arbeitsverträge
- 12 Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, hat Lohnniveau auch dort nach unten gesenkt, wo es nicht nötig gewesen wäre
- 13 Staatliche Hilfs- und Finanzleistungen benachteiligt die arbeitende Bevölkerung
- 14 Bürgergeld ist ungerecht und erfordert Reformen
- 15 Lockerung und Einschränkung der Arbeitnehmerrechte
- 16 Massiver Ausbau des Niedriglohnbereichs europaweit
- 17 Nullrunden bei Renten
- 18 Privatwirtschaftliche Interessen im Sozialbereich werden durch die öffentliche Hand noch gefördert
- 19 Rente mit 67, an der weiteren Erhöhung des Eintrittsalters wird gearbeitet
- 20 Riester-Rente zur privaten Absicherung entpuppte sich als reine Geschäftemacherei
- 21 Steigende Pflichtversicherungsbeiträge, wie z.B. bei den Krankenkassen, mit gleichzeitiger Reduzierung von Leistungen
- 22 Verarmung der Mittelschicht
- 23 Zunehmende Altersarmut

Fazit: Die deutschen Politiker, unterstützt von bayerischen Wasserträgern, haben es jahrzehntelang versäumt die tiefgreifenden sozialen Probleme zu lösen.

Im Gegenteil die Lage hat sich in den letzten 16 Jahren verschärft und wird sich durch die neue Koalition sicher nicht verbessern.

Diese Wirtschaftspolitik macht uns arm.

- 24 Der Reallohnindex seit dem Jahr 2000 liegt 5% unterhalb des Verbraucherpreisindex
- 25 Deutschland stand 2015 bei der LTE-Abdeckung auf dem 53. Platz hinter vielen namenhaften Schwellen- und Entwicklungsländern
- 26 Deutschland steht bei der Datengeschwindigkeit des Internet im internationalen Vergleich auf einem 26. Platz hinter praktisch allen anderen Industrienationen
- 27 Deutschland steht beim Durchschnittsvermögen der Haushalte auf dem letzten Platz aller Länder der Euro-Zone
- 28 Deutschland steht beim Eigenheimanteil der Bevölkerung auf dem letzten Platz aller Länder der Euro-Zone
- 29 Eingriffe in die freie Wirtschaft durch Finanzausschüsse und politische Quotenproduktionsforderungen bei bestimmten Produkten und Technologien.
- 30 Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) wird umgangen
- 31 Infrastruktur mangels Wartung und Ausbau in vielen Bereichen auf Entwicklungsländerniveau
- 32 Jährliche Vergrößerung der Schere zwischen arm und reich
- 33 Latente Förderung der Abwanderung ganzer Industriezweige ins Ausland
- 34 Leistungsträger und Hochqualifizierte verlassen das Land
- 35 Offensichtlicher Kompletterverlust der Fähigkeit, öffentliche Bauvorhaben und Großprojekte effizient, kostengünstig, zielführend und überhaupt irgendwie durchzuführen
- 36 Rettung von zockenden Banken, wirtschaftlich versagenden Industriezweigen und Pleitestaaten auf Kosten des Steuerzahlers
- 37 Ständig steigende Lebenshaltungskosten zwingen viele zu zweit- und drittjobs um die Familie ernähren zu können
- 38 Verhinderung des Aufbaus von Zukunftstechnologien auf Basis unbewiesener ethischer, ökologischer, theoretischer und politischer Bedenken

Fazit: Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte haben die Bürger so verarmen lassen, dass Familien mit dem Einkommen von einem Berufstätigen nicht mehr leben können. Zweit- und Drittjobs sind notwendig. An einem Vermögensaufbau ist nicht zu denken. Die Reichen werden immer reicher, die Berufstätigen werden in eine neue Abhängigkeit und Knechtschaft gedrängt.

Viel kassieren – nichts liefern. Das ist die Steuerpolitik Deutschlands:

- 39 Deutschland hat die weltweit zweithöchste direkte Abgabenbelastung der Bevölkerung
- 40 Komplexestes Steuergesetz der Welt
- 41 Kalte Progression wird zwar von allen Parteien bemängelt – aber nicht geändert und führt zu erheblichen Ungerechtigkeiten
- 42 Es gibt keine konkreten Pläne zur Reduzierung der Abgabenlast der arbeitenden Bevölkerung

Fazit: Die Parteien im deutschen Parlament haben kein Interesse die Steuerbelastung der Bürger zu senken und die Eigenverantwortung für das erarbeitete Geld wieder an die Bürger zu übertragen.

Finanzpolitik

- 42 Höherer Verschuldungsgrad des Staates und der Kommunen in 2023 als 2010
- 43 Höhere Abgabenlast in Form direkter und indirekter Steuern und sonstiger Zwangsabgaben und Gebühren
- 44 Höchster und weiter steigender Saldo im Target II (Zahlungsausgleichssystem) seit 1999
- 45 Trotz enormer Steuereinnahmen werden Schulden nicht getilgt, sondern an nachfolgende Generationen weitergegeben.
- 46 Niedrigzinsen enteignen Sparer und erleichtern Verschuldung

Fazit: Die Zeiten wirtschaftlicher Prosperität wird nicht genutzt die Staatsschulden zu reduzieren. Vielmehr wird eine fehlende Neuverschuldung als große Leistung verkauft. Es wird auf Pump gelebt, ohne an die zukünftigen Generationen zu denken.

Bildungsniveau sinkt

47 Absenken des Lernniveaus durch den hohen Anteil an Migrationskindern.

48 Geplante Angleichung des Schulsystems ist ein Nivlierung nach unten

Fazit: Bildung als Kapital unserer Gesellschaft wird seit Jahren vernachlässigt. Wir in Bayern möchten unsere Kinder fordern und fördern, den sie sind unsere Zukunft.

Die deutschen Politiker haben die Familie aufgegeben.

- 49 Aufhebung der Gleichberechtigung der Geschlechter durch einseitige Quotenregelungen und bevorzugende Förderungen von Frauen
- 50 Rückgang einer sinnvollen und fördernden Familien- und Kinderpolitik
- 51 Staatlich geförderte Auflösung klassischer Familien-, Ehe- und Lebensmodelle
- 52 Staatlich propagiertes Gendering löst wertebasierendes Geschlechter- und Familienmodell auf.

Fazit: Trotz aller gegenteiligen Behauptungen zeigt das tatsächliche Verhalten unserer Bundespolitiker, dass sie das traditionelle Familienbild aufgegeben haben. Ehe für alle, ist nur ein Beispiel für den Werteverlust unserer verantwortungslosen Politiker.

Folgende Gründe aus Regierung und Parlament sprechen für ein Verlassen Deutschlands:

54 Fast kompletter Demokratieverlust durch Machtbündelung ohne eine handlungsfähige Opposition im Bundestag

55 Die „Mitte“ ist stark nach links gewandert, trotzdem werden soziale Ungerechtigkeiten aktiv gefördert.

56 Immer mehr Parlamentarier, immer größere Kosten, ohne Qualitätssteigerung. Quantität vor Qualität.

57 Verantwortung und Entscheidungen werden auf externe Gutachter, NGOs und Kanzleien verlagert.

Fazit: Der Bundestag ist zum Selbstbedienungsladen für Politiker und Parteien geworden, ohne dass sie selbst Verantwortung übernehmen.

Zuwanderungspolitik

- 58 Aussetzung konsequenter Personenkontrollen bei einreisenden Migranten
- 59 Benachteiligung der nativen Bevölkerung in fast allen Lebensbereichen zugunsten der Migration und Integrationsbemühungen
- 60 Einseitige Einforderung von Toleranz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Befindlichkeiten von Minderheiten, Randgruppen und Migranten
- 61 Juristischer Täterschutz überwiegt den Opferschutz
- 62 Keinerlei Abstimmung im Parlament über die wichtige Frage ob und in welchem Umfang Immigration zugelassen wird.
- 63 Kosten für Migration liegen bei 55 Milliarden € pro Jahr und fehlen für dringend notwendige Maßnahmen der heimischen Bevölkerung
- 64 Künstliches Aufblähen der steuerfinanzierten Sozialindustrie als einseitige Integrationsbemühung
- 65 Kuscheljustiz und Zwei-Klassen-Recht zugunsten krimineller Einwanderer
- 66 Massive, ungeprüfte und ungesteuerte Zuwanderung in die Sozialsysteme
- 67 Notgedrungene, vorauseilende und politisch empfohlene Anpassung der Lebensweise der einheimischen Gesellschaft an eingewanderte Parallelgesellschaften fremder Kulturkreise und deren religiöse, traditionelle und soziokulturelle Befindlichkeiten
- 68 Notwendigkeit der baulichen Errichtung von innerstädtischen Schutzzonen gegen die Gewalt sogenannter „Schutzsuchender“
- 69 Permanenter Verfassungsbruch und andauernder Bruch internationalen Rechts im Zuge der Massenmigration
- 70 Permanentes Totalversagen von Behörden, Sicherheitsorganen und deren übergeordneten Ministerien
- 71 Politische Förderung steigender Überfremdung und offensichtlicher Ansätze einer aktiven und flächendeckenden Islamisierung
- 72 Ungeprüfte und nicht überwachte Weiterreise illegaler Migranten in die europäischen Nachbarländer
- 73 Trotz eines dringenden Bedarfs gibt es immer noch kein Einwanderungsgesetz.

Fazit: Ohne rechtliche Absegnung wird der einheimischen Bevölkerung eine Belastung auferlegt, die sie nicht bewältigen kann und deren Kosten nicht kalkulierbar sind. Das heimische Wertesystem ist völlig anders als das der eingeströmten Migranten, so dass die

*Integration der Einwanderer in die ansässige Gesellschaft kaum möglich sein wird –
umgekehrt ist es aber gewünscht.*

Die Medien sind nicht mehr frei.

74 Durch staatlich sanktionierte Gebührenzwangsfinanzierung der Medien ist ein abhängiges, gleichgeschaltetes Rundfunk- und Fernsehsystem entstanden.

75 Investigativer Journalismus abseits der etablierten Medien wird bei von der Regierungslinie abweichender Berichterstattung als „Fakenews“ diffamiert und in der Social-Media und im Inernet durch private Unternehmen zensiert

76 Löschung erfolgreicher Bücher aus den Bestsellerlisten, weil sie nicht den Vorgaben entsprechen.

77 Staatliche Sanktionierung nicht mainstream-konformer Meinungen und Denkweisen und deren öffentlicher Äußerung bis hin zur kompletten Existenzvernichtung des Dissidenten

78 Verbannung nicht staatskonformer Bücher aus Büchereien

79 Vertrauensverlust der Bevölkerung in die zunehmend regierungskonforme und unkritische Presse

Fazit: Unabhängige Medien sind kaum mehr vorhanden. Es findet entweder auf Druck, oder durch vorseilendem Gehorsam eine Ausrichtung der Berichterstattung auf die vermeintlich gewünschte Informationsrichtung statt. Wir möchten wieder freie Medien.

Aussenpolitische Gründe für einen Ausstieg:

80 Permanente überhebliche Einmischung der deutschen Bundesregierung in die Innen- und Außenpolitik und das Wahlverhalten anderer Nationen

81 Deutliche Verschlechterung der internationalen Beziehungen zu ehemals eng befreundeten Nationen und Partnern

82 Finanzielle und militärische Alimentierung, Unterstützung und Förderung radikal-religiöser orientalischer Theokratien und sonstiger kriegerischer Diktaturen

83 Diplomatischer Kuschelkurs mit bekennenden Diktatoren bei gleichzeitiger Einräumung von Sonderrechten auf deutschem Staatsgebiet

84 Weltweite Militäreinsätze deutscher Soldaten sind oftmals nicht durch UN-Entscheidungen gedeckt. Unsere Söhne werden erheblichen Risiken ausgesetzt – warum?

Fazit: Die Außenpolitik ist maßgeblich von wirtschaftlichen Interessen geprägt. Menschenrechte werden geopolitischen und europäischen Zielen untergeordnet.

Innenpolitik

- 84 Verdrehung und/oder Totschweigen von nicht in die Regierungslinie passenden Realitäten
- 85 Bewusste Vertuschung unliebsamer Wahrheiten und beweisbar bestehender als negativ empfundener Sachverhalte
- 86 Bespitzelung der Bürger (u. a. Netzwerkdurchsetzungsgesetz)
- 87 Offene staatlich gesteuerte Zensur von Schrift-, Bild-, Ton- und Wortbeiträgen – ergo Abschaffung der Meinungsfreiheit
- 88 Weitestgehende selbstgewählte Gleichschaltung der politischen Parteien
- 89 Finanzielle Förderung und Unterstützung radikaler und bekanntermaßen dem Gastland und seiner Gesellschaft und deren Lebensweise feindlich gesonnener religiöser Vereinigungen
- 90 Finanzielle Förderung und Unterstützung linksradikaler Organisationen und Einrichtungen
- 91 Bundestagsparteien werben vor der Wahl mit Programmpunkten, die sie in den letzten Legislaturperioden als „undurchführbar“ und „nicht finanzierbar“ vernachlässigt und nicht umgesetzt haben
- 92 Elektronische und optische Totalüberwachung der Gesamtbevölkerung angeblich zum Schutz vor der Gewalt einer radikalen und gefährlichen Minderheit mit Migrationshintergrund
- 93 Förderung von Mittelmaß bis hin zu Negativauslese bei öffentlicher Posten- und Titelvergabe durch rein politisch motivierte Entscheidungskriterien
- 94 Neudefinition von Begrifflichkeiten, die unbedeutende, aber meist laut fordernde gesellschaftliche Rand- und Splittergruppen als „Diskriminierung“ verstehen könnten
- 95 Regierungsparteien geben Wahlversprechen ab, die exakt das Gegenteil der Politik der letzten Legislaturperiode als amtierende Regierung sind
- 96 Ruheständler wandern vermehrt in Länder ab, in denen ihr Alterseinkommen noch ein menschenwürdiges Leben ohne finanzielle Unterstützung durch Angehörige und/oder den Staat ermöglicht
- 97 Ununterbrochener Versuch der Bevormundung der Bevölkerung zu den Themen Ernährung, Erziehung, Energienutzung, Reise- und Freizeitverhalten und allen Bereichen des Privatlebens durch staatlich finanzierte privatwirtschaftliche Think-Tanks und deren Studien und Statistiken
- 98 Ununterbrochenes Belügen und falsch und/oder unvollständiges Informieren der Bevölkerung durch Volksvertreter und Behörden bei politisch sensiblen Thematiken

99 Verbot von Begriffen aus Gründen der „politischen Korektness“ – erst werden Wörter verboten, dann der Sinn von Begrifflichkeiten verändert und dann das Umdenken geformt.

100 Verbreiterte Existenz- und Verlustangst der mittelständischen Bevölkerungsschicht

101 Vertrauensverlust weiter Teile der Bevölkerung in die Politik

102 Verwässerung der Sprache durch Neueinführung von Begrifflichkeiten auf Basis alternativer und wissenschaftlich nicht haltbarer Gedankenmodelle und abwegiger soziobiologischer Theorien und Phantastereien

103 Zunehmende Aufgabe und Verleugnung der nationalen und kulturellen Identität und deren Zeichen und Bräuche durch multikulturell geprägtes Utopiedenken

Fazit: Die Freiheit der Bürger wird, mit der Begründung für mehr Sicherheit, ständig schrittweise eingeschränkt. Wir möchten keine DDR 2.0.

Euro- und Europapolitik

- 105 Politische Akzeptanz der Verletzung der Maastrichkriterien
- 106 Deutschland ist der größte Nettobeitragszahler der EU
- 107 Diplomatische Verwicklungen innerhalb der EU durch nationale Alleingänge Deutschlands
- 108 Euroeinführung, samt folgender hoher Preissteigerungen
- 109 Die Vorgaben aus Brüssel sind häufig so bürokratisch, dass sie für kleinere und mittlere Unternehmen hohe Kosten verursachen, oder gar nicht mehr erfüllbar sind.
- 109 Gemeinsame Einlagensicherung stellt erhebliches Risiko für deutsche Banken und Sparer dar
- 110 Immer mehr Bürokratie aus Berlin und Brüssel wird zum „Mittelstandskiller“
- 110 Geplante Vergemeinschaftung von Schulden würde dem deutschen Bürger Milliarden kosten

Fazit: Europa entwickelt sich immer mehr zu einem Bürokratiemonster und entfernt sich immer mehr von den Bedürfnissen der Bürger. Für Frieden und Freiheit wird die EU nicht – mehr – benötigt.

Gründe für den Austritt aus dem Bereich Energiepolitik:

111 Einleitung politischer Maßnahmen, die mittelfristig zu Energieverknappung und weiteren Verteuerungen führen werden

112 Geplante Fahrverbote für ältere und nach willkürlich erhobenen Grenzwerten nicht ausreichend „saubere“ Fahrzeuge in vielen Großstädten

113 Willkürlicher und parlamentarisch nicht abgesegnter Ausstieg aus der Atomenergie kostet erheblichen Schadenersatz

114 Enorme Erhöhung der Strompreise durch Zwangsabgaben

115 Kräftige Erhöhung der Kosten für Heizenergie, Wasser, Abwasser, Ver- und Entsorgung und sonstiger Nebenkosten bei Privathaushalten durch Abgabenerhöhung

Fazit: Gut gedacht – schlecht gemacht. Ein klares Energiekonzept ist nicht erkennbar. Die schnellen und nicht abgestimmten Entscheidungen der Kanzlerin haben enorme Kosten verursacht und keinen Erfolg gebracht.